
Kommentar Fader Beigeschmack bleibt

SPD-Landtagskandidat: Nicht automatisch für Einräumigkeit

Von frank hethey

Erst bezieht CDU-Kandidat Ansgar Focke vom Wardenburger SPD-Fraktionschef Heinz Brigant verbale Prügel für seine Forderung nach Einräumigkeit. Und dann, nur einen Tag später, schließt sich sein SPD-Widerpart Axel Brammer dem Vorreiter der Einräumigkeit an, dem „Justizverein Landkreis Oldenburg“. Das zu tun ohne dessen Forderung nach Einräumigkeit zu unterstützen, mutet zunächst sonderbar an. Brammers Begründung, er wolle mit seinem Beitritt einen Beitrag zur Standortsicherung des Amtsgerichts Wildeshausen leisten, ist sicher ernst gemeint. Und doch bleibt ein fader Beigeschmack. Ein solcher Schritt ausgerechnet in Wahlkampfzeiten erweckt leicht den Eindruck, als solle es allen recht gemacht werden.

In seinem Beitritt zum Justizverein sieht Axel Brammer keinen Widerspruch zur Parteilinie. Damit solle der Standort des Amtsgerichts Wildeshausen gesichert werden.

von frank hethey

wildeshausen. In der Kontroverse um das Amtsgericht Wildeshausen hat SPD-Landtagskandidat Axel Brammer betont, sein Beitritt zum „Justizverein Landkreis Oldenburg“ komme keiner Parteinahme für die Einräumigkeit gleich. „Dazu habe ich ausdrücklich keine Stellungnahme abgegeben“, sagte Brammer. Vielmehr wolle er mit seinem Vereinsbeitritt einen Beitrag zur Standortsicherung des Amtsgerichts in Wildeshausen leisten. Derweil bekräftigte auch der Wardenburger SPD-Fraktionsvorsitzende Heinz Brigant, seine Partei spreche mit einer Stimme.

Die beiden SPD-Politiker reagierten damit auf den Vorwurf des CDU-Landtagskandidaten Ansgar Focke, die Wardenburger SPD nehme eine andere Position ein als ihr Landtagskandidat Axel Brammer, wenn sie sich gegen Bestrebungen stelle, die Zuständigkeit des Amtsgerichts Wildeshausen auf den ganzen Landkreis auszudehnen („Einräumigkeit“). Das fordert der „Justizverein Landkreis Oldenburg“, dem Brammer bei einem Informationsbesuch am vergangenen Montag beigetreten war.

Brammer versicherte indessen, keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen die Einräumigkeit zu haben. Allerdings müsse sie von den Bürgern gewollt sein und dürfe nicht einfach nur verordnet werden. Die Einräumigkeit liegt für Brammer dennoch in weiter Ferne. Nur ein stärkeres Kreisbewusstsein könne zu einem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung führen.